Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 35 (1955-1956)
Heft: 2

Artikel: Die schweizerische Maschinenindustrie in der Nachkriegszeit
Autor: Wolfer, Heinrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160413

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE SCHWEIZERISCHE MASCHINENINDUSTRIE IN DER NACHKRIEGSZEIT

VON HEINRICH WOLFER

Die meisten Firmen der schweizerischen Maschinenindustrie sind Mitglieder zweier großer Organisationen: des Vereins schweizerischer Maschinen-Industrieller, der sich mit wirtschaftlichen Fragen befaßt, und des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller, der für alle die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Fragen zuständig ist. Beide Verbände publizieren ihre detaillierten Jahresberichte, in denen über Geschäftsgang und alle auch die Öffentlichkeit interessierenden Fragen und Zahlen erschöpfend Auskunft erteilt wird. Auch in dem vom Vorort des schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins erstatteten ausgezeichneten Jahresrapport finden sich eingehende Situationsberichte über unsere Industrie.

In den nachfolgenden Ausführungen soll vom Standpunkt des Praktikers aus in großen Zügen über die Ereignisse und Probleme in unserer Industrie in der Nachkriegszeit gesprochen und versucht werden, unsere Stellungnahme in wichtigen Tagesfragen dem Leser nahezubringen. Die Fülle des Stoffes zwingt zu einer Beschränkung auf die wichtigsten Tatsachen und Probleme.

Aufbau und Entwicklung

Die schweizerische Maschinenindustrie verdankt ihr Entstehen und ihr Wachstum wie alles industrielle Leben der Initiative und Weitsicht wagemutiger und hart arbeitender Pioniere des letzten Jahrhunderts. Sie ist geboren als Dienerin und Lieferantin der viel älteren Textilindustrie. Metall- und Grauguß auf der einen und Textilmaschinen auf der andern Seite standen am Anfang der Ent-

wicklung. Die zarte Pflanze hat sich heute zu einem starken, vielverästelten Baume ausgewachsen. An die Seite der Textilmaschinen traten die Dampfmaschine und der Dampfkessel, später die Dampfturbine und die Wasserkraftmaschine. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts entwickelte sich als neue, außerordentlich fruchtbare Branche der Bau elektrischer Maschinen und Apparate, und in jüngster Zeit ist die Werkzeugmaschinenindustrie und der Bau von Verbrennungsmotoren hinzugekommen. Dazu hat sich die Metallindustrie mit Eisen-, Stahl-, Kupfer- und Aluminiumprodukten stark entwickelt. Das sind nur die Hauptgebiete. Daneben werden Maschinen und Apparate für alle möglichen Industrien und Verwendungszwecke hergestellt. Ein Gang durch die Maschinenhallen der Basler Mustermesse vermittelt am besten den Überblick über die außerordentliche Vielseitigkeit in der Produktion unserer Industrie und legt Zeugnis ab von der gewaltigen technischen Arbeit, dem schöpferischen Ingenieurgeist und der Qualität ihrer Produkte.

Um die Entwicklung und den Aufstieg der Maschinen- und Metall-Industrie zu beleuchten, müssen einige Zahlen genannt werden. Die dem Verbande angehörenden Firmen beschäftigten im Jahre 1911 71 000 Fabrikarbeiter und im Jahre 1953 121 911; dazu kommen noch rd. 35 000 salarierte Angestellte. Interessanterweise stellt der Kanton Zürich mit fast 30% das Hauptkontingent an diesem Personalbestand.

Wohin gehen die Produkte unserer Industrie? Wir kennen die Exportzahlen, sind aber für den Verbrauch im Inland auf Schätzungen angewiesen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Exportquote durchschnittlich bei etwa $^2/_3$ der Produktion liegen. Beim eigentlichen Maschinenbau sind aber, namentlich bei Großfirmen, 70, 80 und sogar 90% Exportanteil keine Seltenheit. Das beleuchtet scharf und unwiderlegbar die entscheidende *Bedeutung des Außenhandels* für unsere Industrie und macht verständlich, daß keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im Inland auch nur annähernd die Exportquote ersetzen könnte. Unser Inlandmarkt wurde während der Nachkriegsjahre durch drei Faktoren begünstigt: die außerordentlich intensive Baukonjunktur, bedeutende Kraftwerkbauten und schließlich die günstige Entwicklung fast aller zu unseren Abnehmern zählenden Industrien des Landes.

Der Exportwert der Erzeugnisse der eigentlichen Maschinenindustrie, inkl. der Gruppen Fahrzeuge, Instrumente und Apparate, jedoch ohne Berücksichtigung der Metallwerke, betrug nach Kriegsende, also im Jahre 1945, 310 Mill. Fr., eine Zahl, die wenig über derjenigen von 1938 stand, wobei immerhin zu berücksichtigen ist, daß die Vorkriegspreise bedeutend niedriger waren. Während der Nachkriegsjahre ist diese Exportziffer wertmäßig um mehr als eine

Milliarde auf 1400 Mill. Fr. im Jahre 1953 angestiegen. Auch gewichtmäßig ist eine starke Steigerung zu verzeichnen, obwohl die meisten Fabrikate im Zuge der technischen Entwicklung heute bedeutend leichter als früher gebaut werden.

Über die Verteilung des Exports auf die vielfachen Zweige der Maschinenindustrie geben folgende Angaben Auskunft: Im Jahre 1953 erreichte die Branche elektrische Maschinen, Instrumente und Apparate die höchste Ausfuhrziffer und exportierte für 286 Mill. Interessanterweise folgt ihr an Bedeutung die Ausfuhr von Textilmaschinen mit 240, sodann die Werkzeugmaschinen mit 214 Mill. Es folgen Verbrennungskraftmaschinen, Dampfturbinen, Wasserkraftmaschinen, Schreib- und Rechenmaschinen und in kleinerem Ausmaß, aber immer noch in erheblichen Quoten, eine große Reihe anderer Zollpositionen.

Unter den Exportländern stand im Jahre 1953 Frankreich mit 147 Mill. an der Spitze. Es folgten Deutschland mit 133 und Italien mit 105 Mill. Die Länder der EZU nahmen im Jahre 1953 55,8% unserer Ausfuhr auf. Grosso modo kann gesagt werden, daß in den letzten Jahren etwa $^1/_3$ des Gesamtexportes nach unsern Nachbarländern, $^1/_3$ nach dem übrigen Europa und $^1/_3$ nach Übersee gingen. Diese Zahlen zeigen, daß die hochindustrialisierten Länder Europas immer noch unsere besten Abnehmer sind.

Bekanntlich ist die schweizerische Maschinen- und Metall-Industrie, abgesehen vom Schrott, fast vollständig auf importiertes Rohmaterial angewiesen. Der gesamte Bedarf unserer Industrie an Rohmaterial bewegt sich normalerweise zwischen 350 000 bis 450 000 Tonnen im Jahr, Brennstoffe nicht eingerechnet. Man darf daher ohne Übertreibung von einem Wunder sprechen, daß wir während der Kriegszeit die notwendigen großen und kriegswichtigen Rohstoffmengen durch Blockade und Gegenblockade in unser Land bringen konnten. Beachtenswert ist, daß damals die Ausfuhr der Produkte unserer Industrie eine Hauptwaffe in der Hand unserer vorzüglichen Unterhändler war, um den Import industrieller Rohstoffe aller Art und auch von Lebensmitteln zu ermöglichen.

Es war allerdings auch für uns höchste Zeit, daß der Krieg zu Ende ging, denn im ersten Semester 1945 standen wir einem beängstigenden Mangel an Rohmaterial und Halbfabrikaten, besonders aber auch an Brennstoffen gegenüber, so daß die Produktion stark gehemmt war und vielfach neue Bestellungen nicht mehr angenommen werden konnten. Kriegsende und das Curry-Abkommen, in Verbindung mit dem die Grenze öffnenden Kreditabkommen mit Frankreich, haben dann rasch Remedur geschaffen, so daß von Ende 1945 an die Rohmaterialversorgung wieder einigermaßen normal war. Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande, und seit 1950 in steigen-

dem Maße Westdeutschland, sind unsere Hauptbezugsländer. Die Tschechoslowakei, ein wichtiger Lieferant besonders von Schmiedestücken, ist infolge Einbezug in die russische Wirtschaft fast vollständig ausgefallen. Die schweizerischen Stahlwerke haben während des Krieges dem Lande wertvolle Dienste geleistet. Sie bilden auch in normalen Zeiten eine Versorgungsquelle, die wir nicht entbehren möchten.

Die Preise für alle Rohstoffe erfuhren im Kriege eine außerordentlich starke Hausse. Auch nach Beendigung der Feindseligkeiten standen die Preise noch weit über Vorkriegsniveau. Zur Illustration einige Beispiele: Hämatit-Roheisen Fr. 29.50 gegenüber Fr. 12.90, Zinn Fr. 1015.— gegenüber Fr. 459.—, Handelsbleche Fr. 66.15 gegenüber Fr. 26.65, Gießereikoks Fr. 15.50 gegenüber Fr. 6.45.

Vor der Koreakrise hatten sich die Preise einigermaßen stabilisiert, erfuhren dann aber während des folgenden Booms nochmals eine bedeutende Erhöhung, die erst langsam wieder verebbte. Im Jahre 1953 war eine merkliche Verbilligung eingetreten, die heute wieder von einer steigenden Preiskurve abgelöst worden ist. Die Rohmaterialpreise spielen in der Preiskalkulation der fertigen Fabrikate eine wichtige Rolle. Ihr Anteil an den Selbstkosten dürfte als Regel 35—40% betragen, kann sich aber bei gewissen Spezialitäten noch erheblich erhöhen.

Bis Anfang der Fünfzigerjahre kämpfte unsere Industrie beim Rohstoffeinkauf gegen eine Nachkriegserscheinung besonderer Art. Verschiedene wichtige Lieferantenländer verfolgten zum Schutze ihrer Fertigindustrie eine Politik der sog. «Doubles Prix» für Lieferungen nach der Schweiz. Wir bezahlten beispielsweise im Jahre 1950 in Deutschland für Hämatit-Roheisen 52%, für Maschinenbaustahl 92%, für Koks und Kohle sogar 114% höhere Preise als die deutsche Konkurrenz. Durch die starke Steigerung der Produktion und die allgemeine Marktlage normalisierte sich glücklicherweise die Preislage, und die «Doubles Prix» gehören heute, einige Ausnahmen vorbehalten, der Vergangenheit an.

Seit 1951 haben sich sechs europäische Länder zur bekannten *Montanunion* zusammengeschlossen. Sie wurde von juristischer, wirtschaftlicher und politischer Seite heftig kritisiert, und wenn Kritik tödlich wirken würde, wäre sie schon längst gestorben. Sie lebt aber noch, und wir müssen uns mit ihr realiter auseinandersetzen. Welche Erfahrungen haben wir bisher in unserer Industrie damit gemacht? In der Schweiz als Outsider herrschte bei der Gründung ein gewisses Unbehagen, stammen doch 80—84% unserer Importe von Kohle, Stahl und Eisen aus den Gebieten der neuen Union. So sehr wir den der Montanunion zugrundeliegenden politisch-europäischen Integra-

tionsgedanken begrüßten, so sehr waren Befürchtungen berechtigt, daß die bei der neuen Haute Autorité konzentrierte Macht sich zu Ungunsten der schweizerischen Wirtschaft auswirken könnte. Unsere oberste Behörde hat von Anfang an engen Kontakt mit der Union gepflegt und zwei Herren in Luxemburg als Beobachter akkreditiert. Die hauptsächlichsten schweizerischen Wünsche gehen dahin, daß wir preislich und qualitätsmäßig gegenüber den in der Union zusammengeschlossenen Staaten nicht diskriminiert werden, in Mangelzeiten minimale Kontingente zugesichert erhalten und keine Vereinbarungen getroffen werden, welche uns transportmäßig benachteiligen. Bis jetzt kann man feststellen, daß die Existenz der Montanunion uns praktisch weder begünstigt noch benachteiligt hat. Wir verkehren nach wie vor mit den einzelnen Produktionsgruppen. Eine Preisfixierung durch die Hohe Behörde ist bisher nicht erfolgt. Allerdings ist die Organisation teuer; 0,9% des Umsatzes — jährlich $ 51 000 000 — werden als Abgabe bezahlt und müssen von allen Verbrauchern getragen werden. Gewisse Zusicherungen für den Fall einer Pénurie sind meines Wissens gemacht worden. In der Transportfrage sehen wir noch nicht klar. So stehen die Dinge heute. Unser Land kann nur wie bisher die ganze Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und seine Interessen in gewohnter Weise verfechten.

Charakteristisch für die heutige Zeit sind die von unserer Regierung im Interesse der Landesverteidigung wiederholt ergangenen Mahnungen, die Vorräte an Kohle, Stahl und Eisen nicht unter ein gewisses Minimum sinken zu lassen. Gestützt auf ein Bundesgesetz hat der Delegierte für Arbeitsbeschaffung das Institut der Pflichtlagerverträge geschaffen. Durch diese werden Firmen auf freiwilliger Basis angehalten, ein ihren Normalvorrat übersteigendes Lager bestimmter Waren zu halten. Diese Lager werden im Falle einer allfälligen Bewirtschaftung, also in Mangel- oder Kriegszeiten, bis zu einem bestimmten Prozentsatz von der Beschlagnahme befreit und genießen auch gewisse finanzielle und steuerliche Vorteile. Ende 1953 bestanden in unserer Industrie 103 solcher Verträge, die rd. 120 000 Tonnen Rohmaterialien und Ausgangsmaterialien umfaßten.

Wie hat sich nun im praktischen Leben seit Kriegsende das Geschäft in unserer Industrie entwickelt? Ich habe persönlich im Geschäft noch die Zeit vor dem ersten Weltkrieg erlebt, jene ferne Epoche, die uns heute wie ein «Lost Paradise» erscheint, als freier Verkehr zwischen Menschen, Gütern und Kapitalien der Weltwirtschaft ihr freiheitliches Gepräge gab, eine Zeit, in welcher unter dem mächtigen Impuls der liberalen Ideen das Wirtschaften der privaten Initiative überlassen wurde, welche allein die technische und industrielle Entwicklung der Vorkriegszeit ermöglichte.

In den beiden Weltkriegen geriet das hochindustrialisierte Europa unter die Räder der Kriegswirtschaft. In dem immer mehr totalitären Charakter annehmenden Kampf wurde die Wirtschaft in den Kriegszweck einbezogen, und zum ersten Male seit der napoleonischen Kontinentalsperre standen sich neben den militärischen die wirtschaftlichen Kräfte gegenüber. Zufolge der Technisierung des Krieges und des ungeheuren Verbrauchs an Material sowie der langen Dauer der beiden Kriege hat dann das überlegene Kriegspotential des wirtschaftlich Stärkeren den Kampf entschieden.

Kriegsmaterial im weitesten Sinne wird nun überwiegend durch die Schwerindustrie, wie die Maschinen- und Metall-Industrie im militärischen Jargon genannt wird, produziert. An dieser Konstatierung kann keine Betrachtung über die Nachkriegsmaschinenindustrie auch in unserem Lande vorbeigehen, da die heutige Situation entscheidend durch die Verhältnisse in den Kriegs- und Zwischenkriegsjahren beeinflußt wurde.

Rüstung und Krieg haben, das ist die erste und wichtigste Konjunkturkomponente, den Bedarf an Maschinen in unerhörtem Maße gesteigert. Das bezieht sich einmal auf Maschinen für die Kriegsmaterialproduktion, Waffen, Munition, Flugzeuge, Fahrzeuge etc., wofür Werkzeugmaschinen in unbeschränkter Zahl benötigt wurden. Auch auf allen anderen Gebieten unserer Industrie, nicht zuletzt in der elektrischen, war die vorhandene Produktionskapazität ungenügend, und dementsprechend stieg die Nachfrage. Neben dem erhöhten Bedarf ging parallel ein äußerst intensiver Verschleiß, da im Kriege Anlagen oft ohne sorgfältige Wartung Tag und Nacht, jahraus, jahrein im Betriebe standen. Dazu kamen im ersten und zweiten Kriege die Zerstörungen durch Kriegshandlungen, besonders durch den Luftkrieg und die Vernichtung von Millionen Tonnen von Schiffen im Unterseebootskrieg. Im zweiten Kriege wurde nun zudem die Inlandproduktion stark erhöht zufolge der Unmöglichkeit, den Bedarf an Maschinen aller Art auf dem Importwege zu beschaffen. Das hatte die Erweiterung bestehender und Schaffung neuer Fabrikationsstätten zur Folge.

So stand unsere Industrie am Ende des Krieges mit vermehrter Produktionskapazität da. Und doch sahen wir damals mit banger Sorge der Zukunft entgegen. Konnte die kriegs- und rüstungsbedingte Blüte weiter dauern? Ein großer Teil Europas lag in Schutt und Trümmern. Eine ungeheure Verarmung unserer wichtigsten Exportgebiete war die traurige Folge des Krieges. Zudem hatte der gewaltige Kriegsbedarf eine sich von den Kriegsfolgen rasch regenerierende, übernormale Vermehrung der Produktionsstätten der Schwerindustrie gebracht. Im Laufe der Nachkriegszeit zeichnete sich auch immer deutlicher eine bedeutende Verengerung unserer Absatz-

märkte ab. Der Ostblock schnürte sich mehr und mehr ab, und wichtige Kundenländer wie Rußland, Rumänien, Ungarn, Polen, aber auch China, Japan und andere Gebiete gingen uns ganz oder zum Teil verloren.

Die Kriegszeit hatte aber noch ganz andere auf geistigem und politischem Gebiet liegende Folgen. Kriege sind inhärente Feinde politischer und wirtschaftlicher Freiheit, auch wenn sie im Namen der Freiheit gefochten werden. Die Gegenkräfte, die in der liberalen Ära der Vorkriegszeit sich in der Ideologie eines Marx und anderer Propheten der allmächtigen Staatsgewalt verkörperten, gewannen als Reaktion gegen die allmächtige Militärgewalt und die steigende Not der Massen eine ungeheure Spannkraft. Sie haben der russischen Revolution, Hitler und Mussolini den Weg frei gemacht. Der Kampf der freiheitlichen, liberalen Welt gegen die in allen Ländern seit der Kriegszeit zur Staatshilfe und zum Dirigismus neigenden Kräfte dauert bis zur heutigen Stunde fort. Er hat die Wirtschaft der Nachkriegszeit, besonders in der so stark exponierten Schwerindustrie stark beeinflußt. Ich denke dabei nicht nur an das praktische Ausscheiden der kommunistisch regierten Länder, sondern vor allem an die kranken Ideen, die unter der Nachwirkung des Krieges und einer unerhört raffiniert organisierten Revolutionspropaganda wie eine Epidemie die westlichen Länder bis zum heutigen Tage heimsuchen. Ihr Ziel ist die Vereinigung der wirtschaftlichen Macht mit der politischen in der Kollektivwirtschaft und staatlichen Planwirtschaft. So ist in manchen Ländern die Verstaatlichung fortgeschritten, und staatliche Interventionen haben vielerorts eine Zwitterwirtschaft geschaffen, die zwischen Staats- und Marktwirtschaft schwankt und aus den Schwierigkeiten aller Schattierungen nicht herauskommt.

Wir müssen objektiv anerkennen, daß viele Wirtschaftsmaßnahmen, die heute im Röpkeschen Sinne als unkonform zu qualifizieren sind, im Kriege zur Erreichung der Kriegszwecke und Steuerung der Mangelwirtschaft konform zu nennen waren, unmöglich von einem Tag auf den andern rückgängig gemacht werden konnten. Es ist im Gegenteil anzuerkennen, daß es eigentlich in kurzer Zeit und in erstaunlichem Maße gelungen ist, nach so schweren Jahren der Wirrnis und Zerstörung die internationalen Handelsbeziehungen wieder in Gang zu bringen und die Güterproduktion in manchen Ländern über den Stand der Vorkriegszeit zu steigern. Es ist heute, da die amerikanische Zollpolitik besonders in unserem Lande mit Recht kritisiert wird, eine Ehrenpflicht, daran zu erinnern, daß die Überwindung der schlimmsten Kriegsfolgen und die Wiederingangsetzung der europäischen Wirtschaft ohne die große Hilfe, welche die USA mit dem *Marshall-Plan* geleistet haben, niemals auch nur

im entferntesten Ausmaß, in relativ so kurzer Zeit möglich gewesen wären, ganz abgesehen davon, daß damit im Kampf gegen den Linksradikalismus Unschätzbares geleistet worden ist. Wohl sind mit der amerikanischen Finanzhilfe auch amerikanische Güter, ganz besonders Maschinen aller Art, in Konkurrenz mit den unsrigen nach Europa geliefert worden, aber der Saldo der Amerikahilfe ist auch für unsere Maschinenindustrie bei weitem positiv, da infolge der zunehmenden Kaufkraft unser Export nach den begünstigten Ländern trotz allen Schwierigkeiten wieder aufgebaut werden konnte. Dabei darf allerdings gesagt werden, daß auch die Schweiz im Zuge des Wiederaufbaues der Handelsbeziehungen durch eine weitsichtige Kreditpolitik beim Wiederaufbau mitgeholfen hat. Die Botschaft des Bundesrates zur OECE beziffert die den verschiedenen europäischen Staaten durch Währungskredite und Beiträge an Hilfsaktionen für die kriegsgeschädigten Zivilbevölkerungen zur Verfügung gestellten Beträge, schon vor Inkrafttreten der EZU, auf 2,5 Milliarden Fr.

Mit diesen Betrachtungen sind wir mitten in die Periode der Nachkriegszeit unserer Industrie eingetreten. In früheren Zeiten hatten wir zu kämpfen gegen nationalistische Strömungen, gegen Zollmauern und gegen Preise der Konkurrenzländer. In den ersten Jahren der Nachkriegszeit traten diese Faktoren gegenüber den Schwierigkeiten zurück, welche Devisenwirtschaft, Kontingentierung, Valutaabwertungen, Diskriminierungen zwischen Essentials und Non-Essentials auftürmten. Der Nachhol- und Ersatzbedarf in diesen ersten Jahren war so stark, daß zu unserer Überraschung die gefürchtete Nachkriegskrise nicht eintrat, und ein Sellers Market, wie er kaum je erlebt wurde, half über alle Schwierigkeiten hinweg. Das Jahr 1949 brachte dann einen deutlichen Umschwung. Die Nachfrage ging zurück, und vor allem schaltete sich die ausländische, besonders die deutsche Konkurrenz wieder in unsere Absatzmärkte ein. Dann kam die politische Koreakrise, die einen erneuten Anstieg von Nachfrage und Bestellungen zur Folge hatte, ein Zustand, der mit einzelnen Abschwächungen bis heute anhält. Diese Konjunktur trägt aber doch wesentlich andere Züge. Sie steht unter dem Druck einer starken Auslandskonkurrenz. Es ist eine Mengenkonjunktur mit schwächeren Preisen und bedeutend schwierigeren Liefer- und Zahlungsbedingungen. Ganz besonders ist mit einer überaus aktiven, hart und gut arbeitenden deutschen Konkurrenz zu rechnen, deren Preisen wir in manchen Fällen nicht mehr folgen können. Verschärft wird der Kampf um den Export durch staatliche Eingriffe in den wichtigsten Konkurrenzgebieten. Wir besitzen ja in der Exportrisikogarantie-Institution selbst ein staatliches Organ, das schwierige Exportgeschäfte besonders in der Maschinenindustrie

erleichtert. Aber der Schutz, der davon ausgeht, beschränkt sich auf ganz bestimmte Risiken. Im Ausland geht die staatliche Exporthilfe viel weiter. Sie ist in gewissen Ländern durch direkte und indirekte, sehr erhebliche Exportsubventionen charakterisiert und erstreckt sich auch auf direkte finanzielle Beihilfe in Großgeschäften mit langjährigen Zahlungszielen. So wird der Kampf um Absatzmärkte, besonders bei großen Kraftanlagen, statt eines Wettbewerbs privater Firmen, wie er unter dem verfehmten kapitalistischen System üblich ist, nun oft zu einem Kampf von Staat gegen Staat. Merken die Befürworter kollektivistischer Staatsplanung in unserem kleinen Lande, daß wir dabei notwendigerweise zum Schaden nicht nur des Kapitals, sondern vor allem der Arbeit den Kürzeren ziehen müssen? Das ist besonders dann der Fall, wenn große Nachbarländer in bilateralen Handels- und Kompensationsabmachungen ihre große Kaufkraft in den Dienst ihres Exportes stellen.

Ein Wort an dieser Stelle zur *Zollpolitik*. Die schweizerischen Gewichtszölle sind bekanntlich in den meisten Positionen auf der Höhe des Jahres 1921 stehen geblieben, und tragen der heutigen Preissteigerung keine Rechnung. Eine gewisse Anpassung an die heutigen Verhältnisse wird in verschiedenen Kategorien auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Ich beneide aber unsere Handelsabteilung nicht, wenn sie entscheiden muß, wo und in welchem Umfang eine Revision vorgenommen werden soll, da ich mir vorstellen kann, daß unzählige Wünsche aus allen Kreisen vorliegen. Grundsätzlich glaube ich, daß wir auf möglichster Tiefhaltung unserer Einfuhrzölle bestehen müssen, da Zollerhöhungen unsere Lebenshaltung verteuern, die Lohnschraube in Bewegung bringen und damit unseren lebenswichtigen Export beeinträchtigen. Bedauernswert ist nur, daß in unseren Kundenländern, trotz allen schönen Worten, die Zollsätze noch steigen. Die protektionistische Zollpolitik der europäischen Länder hat unsere Industrie schon frühzeitig zur Gründung ausländischer Fabrikationsstätten veranlaßt, die sich, oft unter Kapitalbeteiligung des Standortlandes, sehr stark entwickelt haben. Sie sind zu unentbehrlichen Fabrikationsstützpunkten im Ausland geworden und haben die schweizerische Technik auf fremdem Gebiet heimisch gemacht. Sie dienen in erster Linie dem Inlandmarkt der betreffenden Länder, vermitteln uns aber auch Aufträge nach der Schweiz, die sonst nicht erhältlich wären. Sie sind gewöhnlich durch Abmachungen über technische Zusammenarbeit mit dem Stammhaus verbunden und helfen dessen hohe technische Entwicklungskosten tragen. In der Nachkriegszeit haben diese assoziierten Gesellschaften in steigendem Maße an Bedeutung gewonnen.

Ein besonderes Merkmal der heutigen Zeit ist das Bestreben junger Länder, ebenfalls eine Metall- und Maschinenindustrie auf-

zubauen und zu entwickeln. Die durch den Krieg gewonnene Erkenntnis der militärischen Lebenswichtigkeit einer Schwerindustrie paart sich mit nationalistischen und protektionistischen Tendenzen. Diese Bestrebungen sind besonders stark in südamerikanischen Ländern, in Indien und auch in Ländern des Nahen Ostens. Sobald Fabrikationsstätten für verschiedene Produkte unserer Industrie erstellt sind, wird der Import stark erschwert oder sogar ganz abgeriegelt. Wiederum staatlich gelenkte Inlandwirtschaft!

Die schweizerische Maschinenindustrie steht heute oft vor der Alternative, Märkte für gewisse Produkte zu verlieren oder sie durch weitere Produktionsverlagerung zu retten. Sie ist aber in dieser Beziehung gegenüber der Konsumgüterindustrie in einer weit ungünstigeren Lage, da sie nicht nur sehr kapital-, sondern auch stark arbeitsintensiv ist und die Beschaffung geeigneter qualifizierter Arbeiter auf große Schwierigkeiten stößt. Für die Verlagerung der Fabrikation in junge Länder kommen daher besonders einfache, für die Serienfabrikation geeignete Produkte in Betracht. Die Herstellung von Erzeugnissen, welche mehr oder weniger in Einzelfabrikation erfolgt und hohes handwerkliches Können des Arbeiters bedingt, eignet sich schlecht für die Verpflanzung.

Bekanntlich wird das Problem der Fabrikation im Ausland oft durch Lizenzabgabe an Drittfirmen gelöst. Viele und wichtige Verbindungen sind durch derartige Verträge geschaffen worden, und auch sie tragen in hohem Maße an Forschungs- und Entwicklungsspesen bei und erweitern den technischen Horizont des Lizenzgebers. Die Lizenzpolitik ist aber ein heikles Gebiet. Sie bedarf sehr sorgfältiger Führung und eignet sich nicht für alle Branchen und nicht für alle Länder. Ein besonderes Kapitel sind Lizenzabgaben in den USA, wo die Antitrustpraxis verbietet, in Lizenzverträgen territoriale Beschränkungen aufzunehmen, so daß sich der Lizenzgeber mit der Abgabe einer Lizenz auf internationaler Ebene eine Konkurrenz schafft.

Wie grundlegend sich die Atmosphäre der Geschäftsabwicklung in der Nachkriegszeit geändert hat, könnte an vielen Beispielen aus der Praxis demonstriert werden. Es soll nur eines erwähnt werden. Vor dem ersten Weltkrieg befand ich mich bei unserer Londoner Verkaufsfiliale, als telefonisch eine große, in die Hunderttausende gehende Bestellung auf Pumpen für walisische Kohlengruben einlief. Der Manager gab den Auftrag sofort telegrafisch nach Winterthur weiter, und auf meine Frage, ob er nicht die schriftliche, detaillierte Bestellung abwarten wolle, erklärte er mir, der telefonische Auftrag dieses Kunden sei ihm mehr wert als der schönste Bestellungsbrief aus manchen Ländern des Kontinents.

Die meisten Firmen unserer Industrie haben sich in der Welt

draußen das Vertrauen ungezählter Kunden erworben. Dieses Vertrauensverhältnis wurde durch jahrzehntelange persönliche Bekanntschaften und Freundschaften geschaffen. Es genügte eine kurze Anfrage und Offerte. Es war ein Grad des Vertrauens und der Rechtssicherheit vorhanden, wie er idealer kaum denkbar ist. Heute ist das auf vielen Auslandsmärkten anders geworden. Manche der früheren Privatunternehmen sind verstaatlicht, und neue staatliche Unternehmungen sind entstanden. Bei aller korrekten Geschäftsführung werden Bestellungen nur auf Grund umfangreicher Pflichtenhefte, ausführlicher Offerten und Begutachtung von Experten und Kommissionen und — last but not least — auf Grund von Preisen oft ohne genügende Bewertung der Qualität erteilt. Niemand kann den leitenden Organen daraus einen Vorwurf machen, sie sind gebunden an staatliche Genehmigung, Reglemente und Befehle von oben. Dazu kommt aber, daß eine verstaatlichte Unternehmung überall in der Welt fast ausschließlich nationale Produkte berücksichtigen muß. Die Rücksicht auf die Arbeiter im eigenen Land läßt keinen Raum für Bestellungen nach auswärts. Die Politik mischt sich in die Wirtschaft. Der Schweizer Industrielle und Arbeiter soll selber sehen, woher er Arbeit bekommt.

Glücklicherweise haben wir auch heute in der Welt noch viele Kunden vom alten Schrot und Korn, aber ihre Zahl wird klein und kleiner, insbesondere, wenn der Kunde sich dann noch um Importbewilligungen, Devisenzuteilung und andere unangenehme Dinge bemühen muß und von der zuständigen Stelle Vorwürfe bekommt, im Auslande bestellen zu wollen.

Es würde zu weit führen, all die zahllosen Schwierigkeiten zu erwähnen, welche heute mit dem internationalen Geschäft verbunden sind. Der Leiter des Verkaufs einer Unternehmung unserer Industrie ist aber sicher im Vorteil, wenn er Skifahrer und mit den Tücken des Slalomlaufes um alle Ecken vertraut ist.

Man fragt sich mit Recht, wie es denn möglich ist, daß sich die schweizerische Maschinen- und Metall-Industrie trotz alledem voller Beschäftigung und im ganzen einer guten Konjunktur erfreut. Zwei Faktoren haben uns bisher über alle die schwierigen Zeitströme hinweggeholfen: eine *zielbewußte und weitsichtige Handelspolitik und Selbsthilfe.*

Nachdem es in den ersten Nachkriegsjahren gelungen war, die schlimmsten Engpässe des vorherrschenden bilateralen Zahlungsverkehrs durch Überbrückungskredite zu mildern, trat die Schweiz bekanntlich, unter gewissen Vorbehalten, der 18 Länder umfassenden *Organisation européenne de coopération économique,* der OECE bei, die dann ihrerseits die *Europäische Zahlungsunion* (EZU) gründete. Es kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieser

letzteren — man darf fast sagen — genialen Konzeption die ganze schweizerische Wirtschaft, ganz besonders aber auch die Maschinen- und Metall-Industrie ihre fortdauernde Blüte mit steigendem Außenhandel verdankt. Es ist eine Konjunktur auf Krücken, wie sich Dr. *Homberger* vom Vorort trefflich ausdrückte, aber wie in den ersten Jahren der Marshallhilfe war in den letzten Jahren diese Krücke notwendig. Daß sie noch heute unentbehrlich ist, um die europäische Wirtschaft in Gang zu halten, beleuchtet schlagartig die Abhängigkeit unserer Prosperität von internationalen Abmachungen, auf die wir keinen entscheidenden Einfluß besitzen. Ich setze die Funktion der OECE und der Zahlungsunion als bekannt voraus und möchte nur sagen, daß vom Standpunkt des Praktikers aus ein ganz bedeutender Schritt vom bilateralen zum multilateralen Zahlungsverkehr erfolgt ist und uns den Export nach Ländern ermöglicht hat, die ohne diese Institution nicht mehr erreichbar gewesen wären. Günstig hat sich dabei die Tatsache ausgewirkt, daß sich die Zahlungsunion auf Währungsgebiete der Mitgliedstaaten erstreckte, so daß beispielsweise im Sterlingblock Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien und im französischen Gebiet die wichtigen nordafrikanischen Territorien einbezogen waren. Als besonders wichtig muß die mit der OECE verbundene Liberalisierungspflicht der Mitgliedstaaten und damit zusammenhängend die progressive Abschaffung quantitativer Einfuhrbeschränkungen und Diskriminierung zwischen Essentials und Non-Essentials betrachtet werden. Daß diese Institution nur durch namhafte finanzielle Beiträge und Risiken zu verwirklichen war, ist evident. Die USA haben finanziell wesentlich zum Gelingen des Versuchs beigetragen. Daß die Mitgliedstaaten ebenfalls zu Beiträgen verpflichtet wurden, war eine Notwendigkeit und ein erster Schritt, um Westeuropa zu lehren, wieder auf eigenen Füßen zu stehen und zusammenzuarbeiten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein Ausbau der EZU mit progressiv erhöhter Goldabdeckung durch die Länder mit Passivsaldo der sicherste und gesündeste Weg zur Rückkehr zu einer allgemeinen *Konvertibilität der Währungen* sein würde. Eine solche Lösung wäre einer plötzlichen Abschaffung der Devisenbewirtschaftung vorzuziehen, solange nicht die innere finanzielle Verfassung der Mitgliedstaaten einen solchen radikalen Schritt ratsam erscheinen läßt.

Dieses innere Gleichgewicht ist noch nicht überall da. Sonst hätten nicht verschiedene Länder die Ausnahmebestimmungen anrufen müssen, um von der Einhaltung der vollen Liberalisierung entbunden zu werden. Dahin gehört auch die Tendenz, durch Zölle und Sonderabgaben die Wirkungen der Liberalisierung abzuschwächen oder aufzuheben. Mit diesen Resten der Nachkriegsstörungen muß wohl noch längere Zeit gerechnet werden. Erfreu-

lich ist, daß in der OECE gegen diese Ausnahmen, inkl. übrigens die unnatürlichen Exportsubventionen aller Art, zäh und systematisch gekämpft wird.

Die Befürchtung, daß der Kredit des Bundes im Rahmen von Quote und Rallonge im Betrage von 930 Mill. im letzten Jahre überschritten würde, hat sich glücklicherweise als unbegründet erwiesen. Durch Rückzahlungen und Wiederingangsetzung des Kapitalexportes ist der Saldo günstig beeinflußt worden, so daß er nach den neuesten Publikationen heute nur mit 70,8% beansprucht ist.

In der heutigen Zeit hat das *Abzahlungsgeschäft* für Konsumgüter aller Art bekanntlich beunruhigende Dimensionen angenommen. In den USA, aber immer mehr auch in Europa, werden besonders Konsumgüter mit verlängerten Zahlungsfristen angeschafft. Man möchte fast annehmen, daß diese Kreditwirtschaft die psychologische Quelle des Verlangens nach Lieferung mit langen Zahlungsfristen auch in der Produktionsgüterindustrie geworden ist. Wie schon erwähnt, ist es jedenfalls Tatsache, daß heute, besonders für Großmaschinenanlagen, neben Preis und Lieferzeit *auf Jahre erstreckte Zahlungsbedingungen* oft im Konkurrenzkampf entscheiden. Das Problem der Finanzierung langfristiger Exportgeschäfte, besonders in der Maschinenindustrie, ist deshalb, wie seinerzeit in den Dreißigerjahren, akut geworden. Die von Herrn *Zaugg,* Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Brown Boveri, gemachten Vorschläge dürften bekannt sein. Diese Vorschläge sind Gegenstand von Beratungen im Schoße des Vereins schweiz. Maschinen-Industrieller, der mit den Handelsbanken Fühlung genommen hat. Ich möchte den Untersuchungen und Verhandlungen nicht vorgreifen. Ob sich die Gründung einer besonderen Exportbank, wie sie in den USA, in Deutschland und anderswo bestehen, bei uns realisieren läßt, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich sehe persönlich für die nächste Zeit den Weg in einer weiteren *Ausgestaltung der staatlichen Exportrisikogarantie,* in Verbindung mit generellen Abmachungen mit den bestehenden Handelsbanken. Bei der Export-Risikogarantie sollte sich die Garantie auf den Fakturawert beziehen, statt auf Selbstkosten. Es wäre auch eine Erhöhung des Maximums wünschbar, wobei gewisse durch Selbstkosten limitierte Grenzen wohl möglich wären. Durch Zession der Risikogarantiebeiträge an Banken und Teilung des Risikos zwischen Banken und Exporteuren für Zinsen und den durch die Garantie nicht gedeckten Betrag ist bereits in einer Reihe von Geschäften die Finanzierung von Aufträgen möglich geworden. Dieses Verfahren sollte weiter ausgestaltet werden.

Ganz allgemein ist es zweifellos ratsam, daß sich die schweizerische Exportindustrie in der Gewährung langfristiger Zahlungsbedingungen möglichste Reserve auferlegt. Gewiß soll der Kapital-

reichtum unseres Landes in bestimmten Fällen in die Waagschale geworfen werden können; die Risiken in der heutigen, so unstabilen Zeit sind aber unverhältnismäßig groß und müssen nach Möglichkeit beschränkt werden. Immerhin sollte die Ausgestaltung der Export-Risikogarantie nicht auf die lange Bank geschoben werden, da ihre Durchführung im parlamentarischen Verfahren langfristig ist und wir nicht wissen, ob die Konjunkturkurve sich noch schneller als wir erwarten und hoffen, senken wird. Solange die Hochkonjunktur andauert, hat ja die Risikogarantie-Kommission ohnehin die Gewährung und Abmessung der Garantiequote weitgehend in der Hand.

Die Risikogarantie erstreckt sich heute nur bei den staatlichen und kommunalen Aufträgen auch auf das Delcredere-Risiko. Eine Ausdehnung auf das private Kundenrisiko erscheint mir weder erreichbar noch wünschenswert.

Der innere Bau

Bei einem Blick in die innern Gemächer unseres Baues zeigt sich, daß die heutige Blüte unserer Industrie entscheidend auch durch eigene Kraft erhalten worden ist. Hilf dir selbst, so hilft dir der Himmel, ist die Devise, die in einer freien Marktwirtschaft über jedem Fabriktor stehen sollte. Die vornehmste Waffe im Kampfe um die Aufrechterhaltung unserer Industrie ist die schöpferische technische Arbeit. Sie ist es, welche den Ruf der schweizerischen Maschinenindustrie seit langen Jahrzehnten in alle Welt getragen hat, und sie ist es auch, welche in der Nachkriegszeit, trotz Preisdifferenzen, die wir früher als unübersteigbar hielten, in vielen Fällen immer wieder zum Erfolg führte. Daß dabei handwerkliches Können, Freude an guter Arbeit und Gewissenhaftigkeit unserer Arbeiterschaft die Qualität unserer Maschinen und Apparate maßgebend mitbestimmen, verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Das Tempo der technischen Entwicklung war schon vor dem Kriege lebhaft. Seit Kriegsende ist es unter dem Druck des Konkurrenzkampfes geradezu stürmisch zu nennen. Die schweizerische Maschinenindustrie, im rohstoffarmen Lande domiziliert, hat sich von jeher konstruktiv durch Spitzenleistungen ausgezeichnet, und es darf gesagt werden, daß sie in der Nachkriegszeit initiativ, zähe und anpassungsfähig ihre Stellung behauptet hat.

Eine Reihe von Faktoren haben dazu beigetragen. In erster Linie möchte ich die hervorragende technische Ausbildung unserer Ingenieure an der ETH erwähnen, deren wissenschaftlicher geistiger Führung wir so vieles verdanken. Aber auch unseren technischen Mittelschulen verdanken wir besonders auf dem Gebiete der prak-

tischen Konstruktion und Werkleitung Ausgezeichnetes. Die Ausbildung unserer technischen Kräfte wird maßgeblich durch die charakterliche Veranlagung unseres Volkes unterstützt, durch das Bestreben des einzelnen nach Vervollkommnung seines Wissens und Könnens. Wir sind, wie vielleicht kein zweites, ein Volk von Lehrern und Schülern. Auf technischem Gebiet hilft uns eine besondere Begabung unseres nüchternen, pflichtbewußten Personals zur technischen Arbeit und erfinderischem Schaffen. Es geschieht nichts Großes auf der Welt, das nicht durch Hingabe der ganzen Persönlichkeit geschaffen wird. Diese Hingabe existiert übers Ganze gesehen, bei unsern Mitarbeitern aller Stufen, beim Ingenieur, beim Techniker und ihren Hilfskräften, wie beim Meister, Arbeiter und dem für die Montagen im In- und Ausland verantwortlichen Personal.

In diesem Zusammenhang muß ich noch ein Kernproblem unserer Industrie erwähnen. Wenn unsere ausländische Konkurrenz ihre in großen Serien hergestellten Maschinen verkauft, stellt sie dem Kunden ihr Normalprodukt zur Verfügung und überläßt ihm weitgehend die Sorge, wie er dasselbe mit seiner bestehenden oder neuen Anlage verbindet. Wir könnten z. B. mit der Serienfabrikation in den USA nicht konkurrieren, wenn wir dem Kunden nicht besondere Vorteile zu bieten vermöchten. Diese bestehen darin, daß wir über die Lieferung der technischen Neuheit hinaus in möglichst umfangreicher Weise Ingenieurarbeit leisten, indem wir die besonderen lokalen Verhältnisse, die zur Verfügung stehenden Brennstoffe, Wasserverhältnisse und anderes mehr studieren und die Anlage dem Sonderfall anpassen. Wir haben so das Vertrauen vieler Kunden in allen Ländern der Welt durch die technisch einwandfreie Beratung für alle mit einer Anlage in Zusammenhang stehenden Fragen gewonnen. Unsere technischen Organe dürfen Expertenqualität beanspruchen, basierend auf jahrzehntelanger Erfahrung, theoretischer Erkenntnis unserer ausgedehnten Laboratorien und Studienbureaux. Wir haben die Genugtuung, daß wir als technische Berater draußen in der Welt immer wieder beigezogen werden. Diese spezifisch schweizerische Arbeitsmethode wirkt sich notwendigerweise auch auf die Konstruktion von Maschinen, Dampfkesseln und Apparaten aus. Um die Selbstkosten zu senken, sind wir gezwungen, unsere Maschinen nach Möglichkeit zu typisieren und zu normalisieren. Wir müssen aber doch die Bedürfnisse und Wünsche des Kunden nach Möglichkeit berücksichtigen. Es gibt jedoch auch bei uns erfolgreiche Serienfabrikationen, welche diesem Gesetz weniger stark unterworfen sind. Ich verweise nur auf den erfolgreichen Ausbau der Produktion von Schreibmaschinen, Kinoapparaten, Nähmaschinen, Elektrizitätszählern und vielen andern Spezialitäten. Aber für den Großmaschinenbau auf der ganzen Linie und auch für viele

kleinere Typen gilt das Vorhergesagte. Die richtige Mittellinie zwischen Standardisierung und Anpassung an besondere Verhältnisse und Kundenwünsche zu finden, ist eine der schwierigen Aufgaben in der Entwicklung unserer Industrie.

Wenn ich zu unsern Werkstätten zurückkehre, gestatte ich mir noch ein Wort in meiner Eigenschaft als alter Soldat. Wir hören immer wieder von unsern ausländischen Besuchern anerkennende Worte über die Ordnung und Sauberkeit in unsern Werkbetrieben. Ich bin völlig überzeugt, daß wir dies und die gute Disziplin zu einem großen Teil der zivilen Auswirkung der Dinge zu danken haben, welche die meisten unserer Leute in der militärischen Ausbildung gelernt haben. Was allein die prächtigen Meister als Unteroffiziere in der Armee an Disziplin, an Menschenführung gelernt haben, ist Goldes wert; auch da Lehrer und Schüler.

Noch eine andere, echt schweizerische Eigenschaft möchte ich hervorheben. Die Marktforschung hat ergeben, daß der Allegroapparat zum Schleifen der Rasierklingen in der Schweiz sehr erfolgreich war, im Ausland aber nicht. Der Ausländer wirft die Klinge beiseite; den Schweizer reut sie, sie muß abgezogen und wieder gebraucht werden. Aus altem Bauernblut ist uns auch in der heutigen verschwenderischen Zeit noch ein Lot Sparsinn erhalten geblieben, den wir bei richtiger Erziehung aufs nützlichste fruktifizieren können. Vielleicht entdeckt übrigens unser findiger Fiskus in der Ersparnis des Rasierklingenschleifens noch eine neue, ergiebige Steuerquelle!

In diesem Zusammenhang kann ich nicht anders als die Frage stellen, ob auch die obersten Leiter und Führer in der Industrie den Anforderungen ihrer verantwortungsvollen Stellung gewachsen sind. Ein alter Zürcherfreund sagte mir einmal: «Es gibt gar keine schlechten Geschäfte, es gibt nur schlechte Geschäftsleute.» Etwas überspitzt vielleicht, aber es steckt ein großer Kern Wahrheit in diesem Ausspruch. Daß in der alten Generation Männer wie Escher, Fischer, Honegger, Rieter, Sulzer, Charles Brown, Schindler, Saurer, Boveri, Huber und viele andere weit über ein durchschnittliches Maß industrieller und technischer Begabung, Weitsicht, Arbeitsenergie und Anpassungsfähigkeit verfügten, darüber kann kein Zweifel bestehen. Über die neueren soll die Wirtschaftsgeschichte entscheiden. Aber soviel darf gesagt werden, daß ein ungewöhnliches Maß an Arbeitskraft, Pflichtbewußtsein, Begabung zur Führung und sozialer Aufgeschlossenheit auch heute noch in unserer Industrie vorhanden ist.

Das bei uns erreichte technische Niveau hätte nie ermöglicht werden können ohne entscheidende *Förderung wissenschaftlicher Forschung*. Auch hier danken wir der ETH vieles, da sie selbst die Grundlagenforschung in ausgezeichneter Weise pflegt und unseren

Ingenieuren das geistige Rüstzeug auf den Weg gibt, mit dem sie in den industriellen Laboratorien die praktisch angewandte Forschung betreiben und fördern. Diese ist heute eine unentbehrliche Voraussetzung für erfolgreiches technisches Arbeiten geworden. Die finanziellen Aufwendungen für die technische Entwicklung haben bei vielen Firmen unserer Industrie eine früher nie gekannte Höhe erreicht. Sie haben aber bisher entscheidend zur Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit im In- und Ausland beigetragen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die schweizerische Maschinenindustrie auch in Zukunft nur dann ihren Platz an der Sonne behält, wenn sie mit neuen Entwicklungen, neuen technischen Problemen führend vorangeht. Eines dieser Gebiete ist sicher die *friedliche Verwertung der Atomenergie,* auf dem sich große Perspektiven eröffnen und auf dem wir nicht zurückbleiben dürfen. Ich hoffe, daß die von Dr. *Walter Boveri* angeregte Erstellung einer Kernreaktoranlage bald realisiert und bei diesen Versuchen eine erstklassige schweizerische Equipe ausgebildet wird.

In das gleiche Kapitel der Selbsthilfe gehören die sehr hohen Beträge, welche seit Kriegsende in unserem Kampf für *Modernisierung unserer Fabrikanlagen* und *Rationalisierung der Fabrikation* verausgabt werden. Die Erkenntnis ist bei uns zum Gemeingut geworden, daß ein Unternehmen unserer Branche, das nicht einen sehr erheblichen Teil seiner Erträgnisse Jahr für Jahr zur Erneuerung seiner Anlagen aufwendet, in absehbarer Zeit im Rennen der internationalen Konkurrenz unrettbar zurückbleibt. Das ist nicht zuletzt eine Folge der vorwärtsstürmenden technischen Entwicklung und des vorzüglichen Wiederaufbaues der ausländischen Industrie. Aus einer Aufstellung des BIGA über die durch die eidgenössischen Fabrikinspektorate begutachteten Bauvorlagen für Fabriken der Maschinen- und Metall-Industrie geht hervor, um welche erstaunlichen Zahlen es sich handelt. In den 9 Jahren von 1945—1953 sind nicht weniger als 7055 Bauten angemeldet worden. Wir kennen die Zahl der realisierten Projekte nicht; es ist aber anzunehmen, daß weitaus die Mehrzahl der begutachteten Projekte ausgeführt wurde. Dazu ist zu bemerken, daß sehr große Aufwendungen für Anschaffung von Werkzeugmaschinen und Verbesserung des Arbeitsprozesses in diesen Ziffern nicht inbegriffen sind. Die eben erwähnten Zahlen geben zu denken. Soweit Neubauten der notwendigen Modernisierung und der Rationalisierung dienen, sind sie nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Und doch muß man die Frage stellen, ob nicht des Guten zuviel getan wurde. Es sind zweifellos viele neue Anlagen gebaut worden, in denen Produkte hergestellt werden, die früher in der Schweiz nicht fabriziert wurden. Ob sie sich jetzt, da die ausländischen Bezugsquellen wieder verfügbar sind, halten kön-

nen, ist eine Frage für sich. Zweifellos liegt eine zu starke weitere Industrialisierung unseres dichtbevölkerten und infolge seiner Abhängigkeit vom Export krisenempfindlichen Landes nicht im allgemeinen Interesse. Hier weises Maß zu halten, ist Pflicht.

Die Ausführungen über Mittel und Wege zur Erhaltung unserer Stellung im Weltverkehr wären unvollständig, wenn ich nicht ein paar Worte einer überaus wichtigen Frage widmen würde. Ich meine die *Ausgestaltung unserer Verkaufsorganisation im Auslande.* Es arbeiten zahlreiche ausgezeichnete ausländische Kräfte in diesen Organisationen. Zu den erfolgreichsten Vertretern gehören aber doch schweizerische Ingenieure und Techniker, die, im eigenen Werk ausgebildet, draußen als Vorposten den harten Kampf mit der fremden Konkurrenz durchfechten.

Wir haben kein Monopol an technischem Können, an Arbeitskraft und Qualität. Sie sind im Ausland ebenfalls heimisch. In manchen Fällen müssen wir zugeben, daß der Qualitätsunterschied kleiner geworden ist und vielleicht da und dort überhaupt nicht mehr besteht. Dazu kommt nun die *Preisfrage.* Hier sind in den letzten Jahren Unterschiede zutage getreten, die uns schwere Sorgen bereiten. Sie rühren in der Hauptsache von viel niedrigeren Personalkosten her. Allerdings ist das Leben, beispielsweise in Deutschland und Holland, billiger als bei uns. Das führt uns zur Erkenntnis, daß die Lebenskosten in unserem Lande eine Höhe erreicht haben, die auf die Dauer eine schwere Beeinträchtigung unserer Konkurrenzfähigkeit im Auslande zur Folge haben kann. Ist es denn wirklich nicht möglich, auch ohne staatlichen Zwang zwischen Produzenten, Gewerbe und Handel Vereinbarungen zu treffen, welche verhindern, daß die Schweiz, wie in den berüchtigten Dreißigerjahren, wieder zur Preisinsel wird?

Blicken wir auf die Bilanzen und Erträgnisse unserer Industrie, so darf konstatiert werden, daß die Vollbeschäftigung eine unerwartete innere Konsolidierung in der Nachkriegszeit gestattet hat. Der Arbeitgeberverband schweiz. Maschinen- und Metall-Industrieller veröffentlichte in seinem Bericht über das Jahr 1951 eine interessante Studie über Kapital- und Lohnanteil an den Erträgnissen der Aktiengesellschaften der Maschinen- und Metallindustrie. Sie basieren auf Angaben von etwa 200 repräsentativen Firmen mit drei Vierteln aller Arbeitnehmer des Verbandes. Das Aktienkapital dieser Firmen bezifferte sich 1945 auf rd. 400, 1950 auf rd. 545 Mill. Fr. Die verausgabten Löhne und Saläre betrugen 1945 rd. 346 und 1950 rd. 600 Mill. Fr., eine Steigerung in fünf Jahren von nicht weniger als rd. 70%. Diese Steigerung dürfte bis heute noch weiter fortgeschritten sein. Dem Gesamtdividendenertrag von 42,6 Mill. Fr. im Jahre 1950 stehen 58 Mill. an Steuern und gesetzlich fixierten So-

ziallasten gegenüber, dann die bereits angegebenen, heute vielleicht 800 Mill. Fr. betragenden Personalentschädigungen, und nicht weniger als 118 Mill. Fr. an freiwilligen Fürsorgeaufwendungen. Sie zeigen eine deutliche Verschiebung vom Kapitalertrag zu den Personalentschädigungen und sind ein schlagender Beweis dafür, daß unsere Arbeiterschaft an den Geschäftsergebnissen unter dem Regime des Arbeitsfriedens einen viel größeren Anteil erhalten hat, als in der Öffentlichkeit angenommen wird. Wir freuen uns in Arbeitgeberkreisen über diese Entwicklung und hoffen, sie als sichtbares Zeichen der Verbundenheit mit unserem ganzen Personal weiterführen zu können. Ob das der Fall ist, hängt aber von der ungewissen Entwicklung unseres Außenhandels und damit von der Ertragsfähigkeit unserer Industrie ab.

Im Finanzhaushalt unserer Industrie spielen die *Abschreibungen* eine wichtige Rolle. Unsere Steuerbehörden tragen im allgemeinen den Interessen der Industrie, die übrigens mit denjenigen des Fiskus auf lange Dauer parallel gehen, insofern in verständnisvoller Weise Rechnung, als sie angemessene Abschreibungen auf den Einstandspreisen der Anlagen steuerfrei zulassen. Nun sind aber Neuanschaffungen und Neubauten heute im Durchschnitt weit über 100% teurer als die den Abschreibungen zugrunde liegenden Anschaffungspreise früherer Jahre. Der Überpreis muß aus vorhandenen Reserven oder aus den Gewinnen aufgebracht werden. Dieser Teil des Gewinnes muß mitversteuert werden, obwohl er tatsächlich kein Gewinn ist, sondern lediglich der Erhaltung der Substanz dient. Das Postulat, eine Neubewertung des Anlagevermögens als Basis für Abschreibungen zuzulassen, ist schon wiederholt gestellt worden. Unsere Steuerbehörden sollten diese Frage im Interesse der Industrie und eines beschleunigten, arbeitsschaffenden Investitionsrhythmus ernstlich prüfen.

In unsere Bilanzen hat sich in letzter Zeit eine neue Position eingereiht. Es handelt sich um ein lange getragenes, mit Schmerzen geborenes, und seither zärtlich gepflegtes Kind unseres verehrten Delegierten für Arbeitsbeschaffung, die *Arbeitsbeschaffungsreserve*. Der ihr zugrunde liegende Gedanke, in guten Zeiten Reserven für den späteren Ausbau zu schaffen, ist gesund. Ende 1954 betrug die gesamte in Arbeitsbeschaffungsreserven zurückgelegte Summe 235 Mill. Fr., wovon auf die Maschinen- und Metall-Industrie rd. 80 Mill. entfallen. Ich möchte hoffen, daß sie weiter geäufnet wird, nicht nur der guten Sache wegen, sondern auch deshalb, weil diese Institution wieder ein Beispiel ist, wie auf freiwilligem Wege Wirtschaftsprobleme gelöst werden können, statt durch Schaffung von Gesetzesparagraphen, die noch nie schöpferisch waren. Vergessen wir nicht, daß im Uhrenstatut dem Bundesrat die Kompetenz zu-

steht, der Uhrenindustrie obligatorisch Reservestellungen für schlechtere Zeiten vorzuschreiben. Bestrebungen, diese Einrichtung zu verallgemeinern und gesetzlich festzulegen, liegen heute, besonders im Kanton Zürich, in der Luft. So wenig wie auf dem Gebiet der Wohlfahrtsfonds ist da aber staatliche Regulierung wünschenswert. Fortschrittliche Ideen werden immer auf dem Wege der freiwilligen Zusammenarbeit am besten gefördert.

Die Arbeitsverhältnisse

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß die schweizerische Maschinen- und Metall-Industrie im Jahre 1937 mit den vier schweizerischen Metallarbeiter-Gewerkschaften ein Friedensabkommen geschlossen hat, das bisher dreimal, zuletzt im vergangenen Jahre, erneuert worden ist. Das entscheidende Verdienst beim Zustandekommen dieses Werkes hatte *Konrad Ilg* auf der einen und der Vorstand des Arbeitgeberverbandes unter dem Präsidium von *Ernst Dübi* auf der andern Seite. Diese Vereinbarung ist nicht auf Klassenkampf, sondern auf Treu und Glauben und gegenseitige Zusammenarbeit ausgerichtet. Beide Teile haben bisher die übernommenen Pflichten restlos erfüllt. Der Arbeitsfriede in unserer Industrie konnte seit dem Bestehen der Vereinbarung zum Segen beider Vertragschließenden aufrecht erhalten werden, eine Tatsache, die im Auslande immer wieder als nachahmenswertes Beispiel angeführt wird. Während der Dauer dieses Abkommens hat sich der Reallohnverdienst der Arbeiterschaft gegenüber der Vorkriegszeit um rd. 25% gehoben, und eine Reihe bedeutender weiterer Vorteile für die Arbeitnehmer, wie längere bezahlte Ferien, Beiträge der Arbeitgeber an Krankenkassen und zuletzt die Zusage des Einbaues der Teuerungszulagen in die Löhne, wurden auf dem Verhandlungsweg mit den Gewerkschaften vereinbart. Die Stellung der Arbeiterkommissionen hat sich im Zusammenhang mit dem Prinzip, daß Meinungsverschiedenheiten in der Hauptsache innerbetrieblich geregelt werden sollen, bedeutend verstärkt. Es darf allgemein festgestellt werden, daß der Pflege guter, auf der Achtung der Arbeit auf jeder Stufe beruhender Beziehungen in den Betrieben unserer Industrie die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Hochkonjunktur in unserem Lande erstreckte sich in letzter Zeit auch auf das Gebiet von Verfassungs-Initiativen. Eine solche berührt uns in besonderem Maße: das Verlangen nach *gesetzlicher Einführung der 44-Stundenwoche.* Wenn deren Einführung postuliert wird, ist es von vornherein klar, daß eine solche Arbeitszeitreduktion nur unter vollem Lohnausgleich möglich ist. Eine weitere

Folge wäre sehr bald die Notwendigkeit, die Arbeitszeit auf 5 Tage zu beschränken. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß bei Annahme der Initiative in kurzem auch die Arbeitszeit der im Monatssalär arbeitenden Angestellten auf 44 Stunden reduziert werden müßte, und in den staatlichen und kommunalen Betrieben, bei den SBB, PTT, Elektrizitäts- und Gaswerken, Wasserwerken etc. Begehren auf Gleichstellung der Arbeitszeit mit derjenigen der Industriearbeiter und -angestellten mit Sicherheit zu erwarten wären. Auf dieser Basis ist die Initiative zu prüfen.

Für unsere Industrie muß zunächst die in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannte Tatsache hervorgehoben werden, daß wir heute nicht 48 Stunden arbeiten. Eine genaue Untersuchung ergibt, daß in der Maschinen- und Metall-Industrie die tatsächliche Arbeitszeit 40½ bis maximal 43 Stunden, im Durchschnitt also 42 Stunden beträgt. Berücksichtigt man die Überzeit, kommen wir auf 41—43 Stunden. Das ist die Folge der Absenzen durch Ferien, Militärdienst, Krankheit, Unfall etc. Eine Reduktion der Arbeitszeit um 4 Stunden per Woche, also über 200 Stunden im Jahr, bedeutet praktisch eine Verkürzung der Arbeitszeit um mehr als eine monatliche Normalarbeit. Sie wäre, mit anderen Worten, gleichbedeutend mit einer Verlängerung der bezahlten Ferien um einen Monat, in Anbetracht dessen, daß heute ein Arbeiter nach den neuesten Abmachungen mit der Gewerkschaft nach 20 Dienstjahren oder 50 Altersjahren bereits eine bezahlte Ferienzeit von drei Wochen genießt. Die jährlichen Auslagen für Arbeiterferien beziffern sich in meiner Firma allein auf über 1 Million Fr. Wir gönnen unsern Arbeitern die wohlverdienten Ferien, glauben aber, daß dies allein schon ein starkes Argument dafür ist, daß die wirkliche Arbeitszeit in der nächsten Zukunft nicht weiter verkürzt werden kann.

Wie steht es nun mit der Arbeitszeit im konkurrierenden Ausland? Deutschland arbeitet, ohne Berücksichtigung der nicht genau bekannten Ausfallstunden, in der Maschinenindustrie 51,4, in den Gießereien 49,8 Stunden, Frankreich 48—53 Stunden, Belgien 48, Holland über 48 Stunden. Es wird in allen diesen Ländern mit wenigen Ausnahmen 6 Tage gearbeitet.

Vergleichen wir die Lohnhöhe in den benachbarten Staaten, so zeigt eine von unserem Verband publizierte Statistik für alle Maschinen- und Metallarbeiter per Ende 1953 für Deutschland um 31 %, für die Niederlande um 33 %, für Belgien um 20 %, für Frankreich um 12 % und für Großbritannien um 8 % niedrigere Verdienste. Es mag im letzten Jahr im Hauptkonkurrenzland Deutschland eine gewisse Verschiebung nach oben eingetreten sein. Sicher darf aber angenommen werden, daß heute noch die Durchschnittslöhne um 25—28 % tiefer sind als bei uns. Da der Personalkosten-Koeffizient

bei den meisten unserer Produkte um 50 % der Selbstkosten beträgt, ist leicht zu errechnen, welches Handicap die Differenz in den Löhnen für uns bedeutet. Finanziell hätte nun die Einführung der 44-Stundenwoche nach in unserem Verbande durchgeführten Untersuchungen eine weitere Erhöhung unserer Gestehungskosten von nicht viel weniger als 10 % zur Folge. Eine solche Verteuerung wäre für unsern Export unter den heutigen Verhältnissen schlechthin untragbar.

Man sagt nun, daß die Industrie es in der Hand habe, durch Rationalisierung und mit Schichtarbeit den Ausgleich zu finden. Was die Rationalisierung anbetrifft, muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie mit Mühe aufholt, was im Ausland ebenfalls geschieht. Wir sind da im Rennen keineswegs voraus, und alles, was wir tun, muß ausreichen, um das gleiche Niveau wie das Ausland und die hohen Reallöhne unseres Personals beizubehalten. Die Schichtarbeit kann bei uns nur in beschränktem Ausmaß durchgeführt werden, da unsere angestammte Arbeiterschaft stark dagegen eingestellt ist. Störungen im Haushalt, Wohnungsfragen, lange Zufahrtswege zur Arbeitsstätte, ungenügende Verkehrsverbindungen und anderes tragen dazu bei.

Der allgemeinen Einführung der Fünftagewoche, der «semaine à deux dimanches», stehen an sich bei uns gewichtige Bedenken entgegen. Wo sollen in der Landwirtschaft, bei den Hausdiensten, beim Spitalpersonal, die Zehntausende von Arbeitskräften hergeholt werden, wenn in der Industrie nur noch fünf Tage gearbeitet wird und die Abwanderung in die Fabriken noch mehr zunimmt? Soll die Produktionskapazität unserer Industrie, die um eine Monatsarbeit im Jahre verringert würde, durch weiteren Zuzug fremder Arbeiter erhalten werden, deren Zahl letztes Jahr bereits 13 900 betrug? Ist es wirklich vernünftig, in einer Zeit, in welcher die schweizerischen Lebenskosten, international gesehen, bereits zu hoch sind, mit Arbeitszeitverkürzung eine mit Sicherheit zu erwartende erhebliche weitere Verteuerung zu provozieren? Will man unnötigerweise eine gar nicht abzuschätzende Gefährdung unseres auf so schwankendem Boden ruhenden Exportes riskieren?

Die Schweiz hat sich ihren Wohlstand in der Urproduktion, im Gewerbe und in der Industrie durch harte und oft längere Arbeit als andere, mit Rohstoffen gesegnete oder an Weltmeeren gelegene Länder erworben. Arbeit und Produktion sind nach unabänderlichen ökonomischen Gesetzen die Basis unseres heutigen Wohlstandes. Ich erachte es als Pflicht aller derjenigen, die in diesem Zusammenhang durch ihre Stellung in der Wirtschaft genaue Einsicht haben, unser Volk über die Folgen einer Verkürzung unserer Arbeitszeit aufzuklären. Die erste unbedingte Voraussetzung für jede Arbeitszeitverkürzung wäre ein entsprechendes Vorangehen der Hauptkonkurrenz-

länder. Die negative Stellungnahme des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes zur Initiative ist bekannt. Dieser strebt zwar grundsätzlich eine Verkürzung der Arbeitszeit an, stellt aber die Lohnfrage in den Vordergrund und wünscht, daß nicht gesetzliche, sondern vertragliche Abmachungen die Arbeitszeit ordnen sollen. Die Lohnfrage wird von Betrieb zu Betrieb und eventuell zwischen Verband und Gewerkschaft unter sorgfältiger Prüfung der Marktlage zu entscheiden sein. Unsere Industrie geht mit dem Standpunkt der Gewerkschaft einig, daß Verhandlungen und nicht Gesetz die Gestaltung der Arbeitszeit regeln sollen.

Wenn ich die Lage der Schweizerischen Maschinen- und Metall-Industrie zusammenfassend charakterisiere, so muß anerkannt werden, daß sie eine lange Periode des Aufstieges und der Prosperität erlebt und trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse mit Vertrauen in die Zukunft blicken darf.

Abschließend möchte ich den Männern einen besondern Kranz winden, in deren Händen unsere erfolgreiche Außenhandelspolitik so lange gelegen hat, und die in unzähligen schwierigen und zähen Verhandlungen den Produkten unseres Landes den Weg über die Grenzen geöffnet und offen gehalten haben. Die ganze Wirtschaft unseres Landes ist ihnen Dank schuldig. Möge besonders die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Volkswirtschaftsdepartement, seiner Handelsabteilung und dem Vorort uns auch in Zukunft erhalten bleiben.

(Nach einem Vortrag, gehalten in der „Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft")